



Bundesnachrichtendienst

**Die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes im Kontext  
einer globalisierten Wirtschaft**

Vortrag des BND-Präsidenten,  
Herrn Ernst Uhrlau,  
im Rahmen des 7. Hamburger Sicherheitstages  
am 18. September 2007

**Es gilt das gesprochene Wort!**

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

zunächst vielen Dank für die Einladung und damit die Gelegenheit, mit Ihnen über die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes im Kontext der globalisierten Wirtschaft zu sprechen. Es wird Sie kaum erstaunen, dass ich gern nach Hamburg gekommen bin – aber nicht nur aus nahe-  
liegenden Gründen. Nein, ich bin auch deshalb gerne hier, weil aus meiner Sicht eine solide Kenntnis der aktuellen Risiko- und Bedrohungspotenziale weltweit unerlässlich ist, um in Zeiten der Globalisierung optimale Sicherheit für weltweit tätige und exportorientierte Unternehmen zu gewährleisten.

*Meine Damen und Herren,*

der BND ist der einzige deutsche Auslandsnachrichtendienst, zuständig für die Beschaffung von Informationen, die für die Deutschland von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung sind. Wir leisten damit Hilfestellung für die notwendigen politischen Entscheidungen.

In Zeiten der Globalisierung ist Außenpolitik in vielfacher Hinsicht zur globalen Wirtschaftspolitik geworden. Die forcierte Öffnung der Grenzen für einen in vielen Bereichen unbeschränkten Handels- und Dienstleistungsverkehr und die ständige Erleichterung internationaler Finanzbeziehungen haben das weltwirtschaftliche Handelsvolumen in den letzten Jahren steil ansteigen lassen. Die außenwirtschaftliche Abhängigkeit der Staaten voneinander hat sich signifikant erhöht.

Folglich können Krisen und Konflikte in einzelnen Staaten oder Regionen nicht mehr nur als rein lokale Angelegenheit betrachtet werden. Sie beeinflussen die Handelspartner in aller Welt weitaus unmittelbarer, als dies in den Anfängen wirtschaftlicher Liberalisierungsvereinbarungen der Fall war.

Als einziger deutscher Auslandsnachrichtendienst muss sich der BND in besonderem Maße den geopolitischen Herausforderungen und Konsequenzen der Globalisierung stellen: Deutschland ist Exportweltmeister, 40% unseres Bruttoinlandsprodukts und über 20% unserer Arbeitsplätze, d.h. rund 8,5 Mio. Jobs, hängen direkt vom Export ab, der auch weiterhin der wichtigste Motor unseres Wirtschaftswachstums ist.

Damit ist der Export eine wesentliche Quelle unseres Wohlstands, unserer sozialen Stabilität und damit letztlich auch unserer inneren Sicherheit. Keine andere Volkswirtschaft weltweit weist eine derartige Abhängigkeit auf.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass die Bundesregierung die Förderung des *„freien und ungehinderten Welthandels als Grundlage unseres Wohlstands“* als wichtiges Interesse unseres Landes definiert.

Folglich muss es für die politische Führung von herausragender Bedeutung sein, möglichst frühzeitig Informationen über sich abzeichnende politische und wirtschaftliche Krisen und Konfliktpotenziale weltweit zu erhalten.

Hier steht der BND in der Pflicht.

Hinzu kommt das veränderte außenpolitische Selbstverständnis Deutschlands, das seit der Wiedervereinigung zu einer zunehmend aktiven Rolle im internationalen Geflecht von Krisenmanagement, Konflikteindämmung und Konfliktbewältigung geführt hat: Mit der Entsendung von Bundeswehreinheiten leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung von Krisenherden weltweit.

Unsere Soldaten sind mittlerweile nicht nur auf dem Balkan und in Afghanistan im Einsatz, sondern auch im Sudan, in Georgien und in vielen anderen Ländern weltweit. Zu recht sprechen wir daher heute von einer „Bundeswehr im Einsatz“. Für den BND resultiert hieraus die wichtige Aufgabe, die für Planung, Vorbereitung und Durchführung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr notwendigen Informationen bereitzustellen.

Anhand der Auslandseinsätze unserer Streitkräfte wird deutlich, wie sehr sich die internationale Sicherheits- und Bedrohungslage – und mit ihr auch die Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes – in den letzten Jahrzehnten gewandelt haben.

Lassen Sie mich kurz eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der aktuellen internationalen Lage durchführen:

Generell ist festzustellen, dass sich die Parameter des Bedrohungsszenarios seit dem Ende des Ost-West-Antagonismus grundlegend gewandelt haben. Die staatenzentrierte Konfliktkonstellation, die noch zu Zeiten des Kalten Krieges die sicherheitspolitische Agenda dominierte, hat keine vorrangige Bedeutung mehr. Es sind nicht länger nur Staaten, die Kriege führen.

Ja, es lässt sich sogar sagen: Immer weniger Kriege werden von Staaten geführt, immer häufiger sind nicht-staatliche Akteure Protagonisten kriegerischer Konflikte. Auseinandersetzungen sind "privatisiert" worden, sie sind asymmetrisch und nicht länger an ein bestimmtes Territorium gebunden.

Die sicherheitspolitische Agenda wird zunehmend bestimmt von sub-staatlichen Akteuren, die transnational und häufig konspirativ agieren. Die von ihnen ausgehende Bedrohung folgt dem Muster asymmetrischer Kriegsführung. Restriktionen des klassischen Kriegsvölkerrechts, insbesondere der Schutz von Nicht-Kombattanten, haben also keine Gültigkeit mehr.

Selbst in unmittelbarer Nachbarschaft Europas erleben wir fragile Staatlichkeit und Erosion des staatlichen Gewaltmonopols bis hin zum Staatszerfall: in Teilen des Balkans, in Nordafrika oder der Kaukasus-Region. Etwa ein Fünftel aller Staaten weltweit lässt sich als "gescheitert" bezeichnen - als "failed states". Die Zahl der "scheiternden Staaten" - der "failing states" - liegt noch höher.

Auch räumlich eher entlegene Krisen haben Auswirkungen auf unsere Sicherheitslage. Die hiervon ausgehenden Destabilisierungstendenzen betreffen zwar primär die Region, sie wirken sich aber durch so genannte „spill over-Effekte“ also Überschwappen der Krisenphänomene, auch auf uns hier in Europa aus.

Diese außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sind nicht nur, aber doch auch eine Folge der Globalisierung. Sie sind Ergebnis einer Entwicklung, die aus vielen Quellen gespeist wurde, die aber durch den Prozess der Globalisierung und das Ende des Ost-West-Konflikts zunehmend an Fahrt gewonnen hat.

Ich möchte Ihnen nun die aktuell wichtigsten Parameter der sicherheitspolitischen Bedrohungslage skizzieren und mich dabei auf Kernaussagen konzentrieren:

- Internationaler islamistisch motivierter Terrorismus
- Proliferation (Iran)
- Regionale Konflikte (Irak, Afghanistan).

Zunächst zum Internationalen islamistisch motivierten Terrorismus:

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus stellt einen wichtigen Arbeitsschwerpunkte des BND dar. Nicht erst die sehr konkreten Anschlagplanungen der vor zwei Wochen festgenommenen drei jungen Männer machen deutlich, wie konkret die Bedrohungslage auch für uns hier in Deutschland geworden ist. Spätestens seit 9/11 sind die - auch wirtschaftlich erheblichen - Auswirkungen des internationalen Terrorismus für jedermann sichtbar.

Jeder global aufgestellte Konzern, aber auch jedes exportorientierte mittelständische Unternehmen muss sich heute mit der weltweiten Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auseinandersetzen: Er bedroht eigene Mitarbeiter im Ausland, destabilisiert und gefährdet ausländische Absatzmärkte und selbst im Inland können die mittelbaren Auswirkungen des internationalen Terrorismus z.B. in Folge von Ölpreisschüben nach Anschlägen auf die Ölindustrie erhebliche Probleme verursachen.

Wirtschaftsziele sind traditionelle Bestandteile des al-Qa'ida-Zielspektrums. Das zeigte sich spätestens an dem 2004 aufgedeckten sogenannten „Financial Plot“, den Anschlagplänen gegen Finanzinstitutionen in den USA.

Auch die Dämonisierung internationaler Konzerne in der neuesten Videobotschaft Bin Ladens zum diesjährigen Jahrestag von 9/11 liefert eine nachhaltige Legitimierung künftiger Anschlagsszenarien gegen Wirtschaftsziele.

Ich halte es daher für wichtig, etwas detaillierter auf die Bedrohung durch den Internationalen islamistisch motivierten Terrorismus einzugehen.

*Meine Damen und Herren,*

seit den 90er Jahren konfrontiert uns der transnationale Jihad-Terrorismus mit einer neuen totalitären Bedrohung. Diese Form des Terrorismus verfolgt das strategische Ziel, westliche und bisher gemeinhin als universell anerkannte Werte zurückzudrängen, moderate islamische – in den Augen der Terroristen ungläubige – Regime zu schwächen und an deren Stelle eine fundamentalistische Ordnung zu errichten. Es ist ein Kampf gegen westliche Lebensformen und gegen muslimische Aufklärung.

Die ideologische Zweiteilung der Welt in „Gläubige“ und zu bekämpfende „Ungläubige“ dient zur Rechtfertigung des ausschließlich in Form von Gewalt interpretierten Jihad gegen jedes als „ungläubig“ identifizierte Ziel.

Der Jihad-Terrorismus bedroht alle offenen Gesellschaften. Der kaum einzugrenzende Operationsraum, die quasi weltweiten Unterstützerstrukturen, die breite Feindkategorie als Kern einer äußerst flexiblen Gewalt-Doktrin machen diese Form der Bedrohung präzedenzlos.

Bei der Betrachtung des islamistischen Terrorismus sind über die letzten Jahre Veränderungen erkennbar, die zu charakterisieren sind als Dezentralisierung in operativer Hinsicht bei gleichzeitiger Ideologisierung in globalem Rahmen.

Was heißt das?

Es heißt zum einen, dass international operierende islamistische Terrorgruppierungen strukturell zunehmend gekennzeichnet sind durch autonom operierende Zellen. Der Anteil zentral durch al-Qa'ida gesteuerter Terror-Aktivitäten hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen – grundsätzlich besteht jedoch eine operative Steuerung in gewissem Umfang fort.

Die Kern-al-Qa'ida um Usama bin Laden fungiert in erster Linie als Propaganda-Organ für einen „globalen“ Jihad. Sie inspiriert und motiviert regionale Gruppierungen und lokale Zellen, deren spezifische Agenda dadurch den Anstrich einer universellen Programmatik erhält. Die islamistische Szene weltweit betrachtet al-Qa'ida als Legitimationsinstanz – radikalisierte Elemente schließen sich der Bewegung an. Gruppierungen islamistischer Dissidenten und Separatisten fühlen sich von der Ideologie des „globalen Jihad“ angezogen und betrachten sich als dessen Repräsentanten in einem nationalen oder regionalen Kontext.

Vor diesem Hintergrund beobachten wir eine anhaltende Tendenz zur Bildung von al-Qa'ida-Filialen: al-Qa'ida im Zweistromland (Irak), al-Qa'ida auf der arabischen Halbinsel (Saudi-Arabien) und al-Qa'ida im islamischen Maghreb (Algerien/GSPC).

Die breit angelegte Ideologie des „globalen Jihad“ gegen die Bedrohung des Islam durch die Ungläubigen fungiert also gleichzeitig als Bindeglied und als Identitätsstifter.

Darüber hinaus ist die Absicht erkennbar, eine globale islamistische Massenbewegung auszulösen. Dieses Projekt wird mit geschickter Nutzung moderner Publikationsforen wie dem Internet und dem zunehmend appellativen Charakter der Botschaften von der al-Qa'ida-Führung umgesetzt – jüngstes Beispiel hierfür ist die Videobotschaft Usama bin Ladens zum 6. Jahrestag von 9/11.

Mit der intensiven Nutzung moderner Kommunikationsmedien verfolgt der islamistisch motivierte Internationale Terrorismus konsequent das Ziel, eine weltweite Anhängerschaft zu mobilisieren. Mithilfe der modernen Kommunikationsforen versuchen verbliebene Reste der ursprünglichen al-Qa'ida-Strukturen, die ideologische Meinungsführerschaft zu behaupten und Substrukturen zu integrieren, indem sie regional ausgerichtete Botschaften aufgreifen.

In der westlichen Diaspora ist das Internet ein wichtiges Instrument zur Selbst-Radikalisierung von marginalisierten Muslim-Immigranten.

Das Internet fungiert zudem vermehrt auch als Tatvorbereitungsmedium. Mithilfe von Video-Clips wird Terror-Know-how allgemein zugänglich gemacht. Die einschlägigen Foren dienen auch der Übermittlung und Verschleierung von Operationsplanungen.

*Meine Damen und Herren,*

der internationale Terrorismus wird auf absehbare Zeit eine der größten unmittelbaren Gefahren für unsere Sicherheit bleiben. Trotz zahlreicher Fahndungserfolge hat sich die terroristische Bedrohungslage nicht wirklich entspannt. Schon in der Vergangenheit haben die transnationalen islamistischen Terrornetzwerke ihre hohe Regenerationsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Die flexible Anpassung an aktuelle Brennpunkte – zur Zeit: Irak – und damit die Fortsetzung des Mobilisierungsprozesses führen den Extremisten immer neue Kräfte zu.

„Breeding ground“ bleibt der Krisengürtel Nah-/Mittelost, wo allfällige Regimekonflikte, vielfach mit westlicher Partizipation, den Jihad-Gedanken permanent regenerieren. Versuche einer Stabilisierung der dortigen politischen Lage werden, zumal wenn von westlicher Seite „importiert“, als Duplicierung der Muslime propagandistisch uminterpretiert. Dies vor allem dann mit Erfolg, wenn sich – wie in Irak und Afghanistan – eine Besserung der Lebensumstände der Bevölkerung nicht recht abzeichnet.

Mehr denn je steht Europa als Gefahrenraum im Visier – bereits die Anschläge von Madrid und London haben auf dramatische Weise demonstriert, dass Europa nicht mehr nur Rekrutierungs- und Finanzierungsraum, sondern selbst Ziel des islamistischen Terrorismus ist.

Deutschland gerät aufgrund seines markanteren außen- und militärpolitischen Profils – zum Beispiel aufgrund des Bundeswehr-Engagements in Afghanistan – verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge. Das haben uns erst vor kurzem die durch Festnahme vereitelten sehr konkreten Anschlagplanungen dreier Verdächtiger gegen deutsche Ziele sehr deutlich vor Augen geführt. Die Verhafteten, zwei Deutschen und ein türkischer Staatsbürger, gehörten zu einer Gruppe, die mit der Islamischen Jihad Union (IJU) in Verbindung stand. Die IJU ist eine ursprünglich zentralasiatische, mittlerweile global agierende internationale Terrorgruppe, die erstmals im Jahr 2004 mit Terroranschlägen auf die US-amerikanische und die israelische Botschaft in Taschkent aufgefallen war. Ihre Führung befindet sich in Pakistan. Die Verdächtigen hatten sich über mehrere Monate hinweg große Mengen an Wasserstoffperoxyd beschafft, mit denen sie offenkundig Sprengsätze herstellen werden sollten. Auf genaue Anschlagziele hatten sie sich die drei offenbar noch nicht festgelegt. Ihre Bemühungen konzentrierten sich darauf, möglichst viele Amerikaner zu treffen. Als Ziele zogen sie daher von Amerikanern besonders frequentierte Pubs und Diskotheken, Militäreinrichtungen, aber auch den Frankfurter Flughafen in Betracht.

Terroristische Gruppierungen in Europa radikalieren sich verstärkt auf lokaler Ebene, sie finanzieren ihre Anschlagpläne selbst und können sie ohne direkte operative Hilfestellung von außen bewerkstelligen. Generell anfällig dafür ist das muslimische Immigranten-Milieu, ergänzt durch eine – wie der aktuelle Fall zeigt – geringe Anzahl von Konvertiten.

Europa sieht sich zunehmend gefährdet durch einen home-grown terrorism, dessen potenzielle Täter sich nicht immer durch auffällige Reisebewegungen und einschlägige Kampf-Erfahrungen entlarven – sie basteln sich ihre Bombe in der Wohnstube.

Als Labor ist eine einfache Wohnung ausreichend, die Bestandteile sind frei verkäuflich, die Anleitung zur Herstellung im Internet leicht verfügbar.

Gruppen, Zellen, Einzelpersonen agieren zum Teil autonom, bislang nicht betroffene Staaten und Objekte geraten ins Zielspektrum. Die Bedrohung durch den Internationalen Terrorismus wird damit diffuser. Diese Konturlosigkeit erschwert seine Bekämpfung, bietet sie doch nur wenig „Angriffsflächen“. Es kennzeichnet den globalen Jihad – und das macht seine Gefährlichkeit aus – dass er unter Muslimen weltweit „mentale Zünder“ setzt, die oft unter nur schwer vorhersehbaren Bedingungen ausgelöst werden.

*Meine Damen und Herren,*

vor dem Hintergrund von Anschlägen gegen Energieeinrichtungen in Irak und Saudi-Arabien wurden vermehrt Befürchtungen laut, die weltweite Energieinfrastruktur und damit auch die Energieversorgung könne durch Terroranschläge bedroht sein.

In der Tat lassen insbesondere im Mittleren Osten die Anschläge gegen Ziele der Energieinfrastruktur in den vergangenen Jahren eine Eskalation erkennen. Die Energieinfrastruktur – insbesondere die Öl- und Gasindustrie – gerät zunehmend ins Fadenkreuz von al-Qa’ida und ihr nahestehender Terrorgruppierungen. Es werden zunehmend hochwertige Ziele angegriffen – dabei kommen auch Selbstmordattentate zum Einsatz.

Anschläge auf Energieinfrastrukturziele zielen dabei nicht nur auf technische und wirtschaftliche Schäden – insbesondere die psychologisch-propagandistische Wirkung ist für die Täter von Bedeutung. Anschläge gegen Öl- und Gaseinrichtungen, die oftmals mit Großfeuern verbunden sind, versprechen hier offensichtlich in besonderem Maße Wirkung. Damit rücken insbesondere großindustrielle Ziele der Energieinfrastruktur verstärkt ins Visier terroristischer Gruppierungen. Dies gilt insbesondere für die öl- und gasproduzierenden Länder des islamischen Krisenbogens in Nah-/Mittelost sowie in Nordafrika. Hier befinden sich die Operations- und Rekrutierungsräume der islamistischen Terroristen. Hier können mit einem Schlag gegen die Energie-Infrastruktur nicht nur die westlichen Staaten, sondern auch die eigenen verhassten Regime getroffen werden.

Die Möglichkeiten bzw. Fähigkeiten von Terroristen zur Ausspähung selbst sensitivster Ziele der Energieinfrastruktur haben sich in den vergangenen zwei Jahren drastisch verbessert. Internetprovider bieten heute kostenfrei und für jedermann zugänglich hochauflösende Satellitenszenen von fast jedem Ort der Welt an.

Qualität, Aktualität und Verfügbarkeit dieser Satellitenszenen verbessern sich ständig. Die Sicherheitskonzepte insbesondere von sensitiven Anlagen müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Aber zumindest eine positive Botschaft gibt es in diesem Zusammenhang: Die Weltenergieversorgung ist auch vermehrten Anschlägen auf Ziele der Öl- und Gasindustrie in ihrer Substanz nicht gefährdet. Dafür sorgen die hohen strategischen Reserven bei Öl und die Gasspeicher. Mit neuen starken Preisschüben am Weltölmarkt wäre jedoch zu rechnen.

*Meine Damen und Herren,*

lassen Sie mich zum nächsten lassen Sie mich zum nächsten Risikofeld kommen, zur Proliferation.

Das Interesse einschlägiger sicherheitspolitischer Akteure am Besitz von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen ist ungebrochen. Proliferation hat das Potenzial, die strategischen Kräfteverhältnisse signifikant zu verändern. Die Aufklärung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist daher zentrales Thema in der Arbeit des BND. Auch hier gibt es enge Nahtstellen zur Wirtschaft. Wir arbeiten intensiv mit den Behörden der deutschen Exportkontrolle zusammen.

Während Libyen im Dezember 2003 nach Aufdeckung seiner Kernwaffenambitionen seinen Verzicht auf MVW-Programme erklärt hat, laufen die Tendenzen im Iran derzeit in eine gegensätzliche Richtung. Nuklearprogramm plus Raketenprogramm sind zentraler Ausdruck des hegemonialen Selbstverständnis Teherans. Beschaffungsaktivitäten für ein ziviles und vermutlich militärisches Nuklearprogramm werden seit 1989 beobachtet.

Ende 2003 erhärteten die bekannt gewordenen Aktivitäten des pakistanischen Strippenziehers für Nuklearproliferation, Kernwaffen und Urananreicherung, Abdul Qadeer Khan („Vater der PAK Kernwaffe“), die Befürchtungen im Hinblick auf ein mögliches Kernwaffenprogramm in Iran.

Anlagen oder Einrichtungen, die eindeutig einem Kernwaffenprogramm zugeordnet werden können, konnten jedoch bisher nicht identifiziert werden.

Bislang ist Iran der Aufforderung des VN-Sicherheitsrates, u.a. sein Anreicherungsprogramm zu suspendieren, nicht nachgekommen. Am 02. September 2007 hat AHMADINEJAD erklärt, Iran betreibe mittlerweile über 3.000 Zentrifugen zur Urananreicherung. Diese Behauptung ist jedoch nach unseren Erkenntnissen nicht zutreffend.

Eine präzise Abschätzung, zu welchem Zeitpunkt Iran gegebenenfalls über einen eigenentwickelten Kernsprengsatz verfügen könnte, ist schwierig. Nach unserer Beurteilung wird es jedoch noch einige Jahre dauern, bis Iran über eine ausreichende Menge an hochangereichertem Uran für einen Kernsprengsatz verfügt. Dies wäre zwar noch nicht die „einsatzfähige Nuklearwaffe“, würde aber für einen Kerntest ausreichen.

Parallel zum Nuklearprogramm forciert Iran auch sein militärisches Raketenprogramm. Im Fokus stehen Entwicklung und Kauf von weiteren ballistischen Raketen mittlerer und interkontinentaler Reichweite.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

das bemerkenswert selbstbewusste außenpolitische Auftreten Irans hat neben dem Wissen um das eigene militärische Potenzial und die aktuelle sicherheitspolitische Entwicklung in der Region auch gewichtige wirtschaftliche Gründe: Teheran kennt seine Bedeutung für die Weltölversorgung. Über 10% der heute nachgewiesenen Weltölreserven liegen in Iran, 4% der weltweiten Ölproduktion und 5% der Weltölexporte entfallen auf das Land. Ein Ausfall der iranischen Ölexporte – z.B. im Zuge einer militärischen Konfrontation oder eines iranischen Ölexportstopps – hätte erhebliche Folgen für die Weltölversorgung: Die Weltwirtschaft müsste beträchtliche Preisaufschläge auf den internationalen Ölmärkten verkraften.

Welche Konsequenzen für die regionale Sicherheit und Stabilität resultieren aus der Existenz einer Atommacht Iran?

Bereits die iranische Fähigkeit zum Aufbau einer Nuklearrüstung wäre eine deutliche Zäsur und würde das Kräfteverhältnis der Region nachhaltig verändern. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig eine Verschärfung der konkreten Bedrohungslage für die Nachbarstaaten. Das Risiko eines nuklearen Wettrüstens in Nah-/Mittelost würde jedoch steigen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die regionale Sicherheit.

Eine Schlüsselfrage bei der Bewertung der zukünftigen Rolle eines nuklear bewaffneten Iran ist die Frage nach der Rationalität der maßgeblichen iranischen Akteure. Nach unserer Einschätzung verfolgt die iranische Führung eine nationale Interessenpolitik. Es dürfte daher wahrscheinlich sein, dass Nuklearwaffen als „politische“ Waffen verstanden werden. Ihr Zweck bestünde demzufolge darin, den Fortbestand des klerikalen Systems nach außen sowie den Status Irans als unangefochtene Regionalmacht zu sichern. In diesem Szenario würde sich eine konkrete Beeinträchtigung der Interessen Dritter vor allem für die Handlungsfreiheit Israels und der USA ergeben.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

Gestatten Sie mir einen kurzen Ausblick:

Iran wird hartnäckig, aber auch behutsam sein Dominanzstreben weiterverfolgen. Zu größeren Rückzügen dürfte Teheran nicht bereit sein.

Iran ist an einer neuen Ordnung in Nah-/Mittelost – zu seinen Gunsten – interessiert. Gleichzeitig fühlt sich Teheran – eingekreist durch US-Truppen – bedroht. Wir erleben ein Wechselspiel: Eskalationsschritte werden durch flankierende Entspannungsgesten in der Außenwahrnehmung ausbalanciert.

Das Nuklearprogramm nimmt zur Überwindung der perzipierten sicherheitspolitischen Schwäche Irans eine Schlüsselrolle ein. Von seinen nuklearen Ambitionen wird Teheran daher nur schwer abzuhalten sein, zumal die Bevölkerung in dieser Frage mehrheitlich hinter der Regierung steht.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

lassen Sie mich zum nächsten Risikobereich kommen, den regionalen Krisen und Konfliktpotenzialen. In einer zunehmend interdependenten Welt wirken sich diese Risiken nicht nur auf ihre unmittelbare Umgebung aus, sondern berühren in vielfältiger Weise die Sicherheit der internationalen Gemeinschaft. Regionale Konflikte werden immer mehr zu Brennpunkten mit globaler sicherheitspolitischer Bedeutung.

Irak und Afghanistan sind Beispiele für die Komplexität dieser Thematik.

Auch über vier Jahre nach Ende der „offiziellen Kampfhandlungen“ bleibt Irak gefangen in einer Spirale aus Terror, Gewalt, schlechter Versorgungslage und einem politischen Prozess, der bislang keine durchschlagenden Lösungen für die drängenden Probleme des Landes hervorbringen konnte. Verschiedene Kernfragen der zukünftigen Gestaltung des Landes – Parlamentswahlen, Verfassungsreferendum – wurden zwar in den letzten vier Jahren angegangen. Sie sind jedoch nach wie vor nicht abschließend gelöst und werden zum Teil von der schlechten Sicherheitssituation überlagert. Die Erwartung, mit formalen politischen Fortschritten den Negativ-Kreislauf zu durchbrechen, hat sich nicht erfüllt.

In seinem zu Beginn der letzten Woche – am 10.09.2007 – vorgestellten Lagebericht hat General Petraeus, Kommandeur der Koalitionstruppen, einen deutlichen Rückgang der Anschlags- und Opferzahlen seit Juni 2007 konstatiert. Ein Zusammenhang dieser grundsätzlichen erfreulichen Entwicklung mit der seit Ende Juni 2007 sukzessive erhöhten Truppenstärke ist nicht von der Hand zu weisen.

Von einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage kann jedoch in den meisten Provinzen des Irak keine Rede sein. Dies dürfte insbesondere auf die Truppenkonzentration in Bagdad und dem daraus resultierenden Sicherheitsvakuum in anderen Landesteilen zurückzuführen sein. Es bleibt abzuwarten, ob die erhöhte US-Truppenpräsenz sowie punktuelle Operationstätigkeiten langfristig einen Rückgang der Anschlagaktivitäten bewirken können. Die irakischen Sicherheitskräfte sind dieser Aufgabe bislang nicht gewachsen.

Gleiches gilt für Bagdad. Zwar verzeichnen wir einen temporären Anschlagrückgang - es bleibt aber über sechs Monate nach Implementierung des neuen Sicherheitsplans fraglich, ob es sich hierbei wirklich um eine nachhaltige Lage-Verbesserung handelt. Nach wie vor gelingt es Jihadisten, gezielte Anschläge mit hohen Opferzahlen in schiitischen Stadtvierteln zu verüben. Das wiederum zieht Vergeltungsattacken schiitischer Milizen nach sich. Die wechselseitigen Aktionen ziehen unverändert die Bevölkerung in Mitleidenschaft. Hier ist eine Eigendynamik entstanden, die schwer zu durchbrechen sein wird.

Auch die Anzahl gezielter Mörserangriffe auf die Internationale Zone im Stadtzentrum steigt. Im Nordirak ist – entgegen anderslautender Presseberichterstattung – ein Anstieg der Gewalt zu verzeichnen. Die kurdisch dominierten Gebiete der Provinzen Dahuk, Arbil und Sulaymaniah bilden eine Ausnahme. Dort tragen die effizient operierenden kurdischen Peshmerga-Kräfte maßgeblich dazu bei, dass sich die Sicherheitslage vergleichsweise ruhiger und stabiler darstellt. Allerdings besteht die Gefahr, dass die zunehmend schlechte Sicherheitslage in der Region auch auf die kurdischen Gebiete ausstrahlt.

Lediglich in der früheren Unruheprovinz al-Anbar ist seit Februar 2007 eine Verbesserung der Sicherheitslage zu erkennen. Dies ist auf lokale Stammesinitiativen zurückzuführen, die sich – unterstützt von der Koalition – im Kampf gegen al-Qa'ida in Irak zusammengeschlossen haben.

Das Ziel einer „Regierung der Nationalen Einheit“ erweist sich immer mehr als Illusion. Regierung und Parlament sind aufgrund von Partikularinteressen und Machstreben Einzelner nur äußerst eingeschränkt handlungsfähig. Malikis Reformprogramm und wichtige Gesetzesentwürfe zur Gestaltung des Landes stagnieren im politischen Prozess. Ernsthafte Schritte zur Integration der Sunniten, wie z.B. eine Revision der Verfassung, unterbleiben.

Das Risiko eines Scheiterns der Regierung Maliki ist hoch. Es steht zu befürchten, dass der Irak auf absehbare Zeit gefangen bleibt in einem fatalen Kreislauf von Anarchie und Gewalt. Die Gefahr einer Fragmentierung des Landes schreitet entlang ethnisch-konfessioneller und tribaler Trennlinien ist hoch – mit weitreichenden Konsequenzen für die gesamte Region.

Auch Afghanistan liegt politisch, sozioökonomisch und geostrategisch im Zentrum komplexer Konfliktfelder.

Es ist unter anderem als Erfolg der internationalen Bemühungen zu verbuchen, dass der Aufbau demokratienaher Strukturen in Afghanistan nicht von der militanten Opposition verhindert werden konnte. Die politischen Institutionen sind etabliert, wenn auch aufgrund personeller und organisatorischer Mängel weiterhin ineffizient. Dessen ungeachtet versucht die Zentralregierung mit Initiativen auf dem Sicherheitssektor und mit Gesprächsofferten in Richtung militante Opposition und Stammesbevölkerung im Süden die Initiative zu gewinnen.

Was die Sicherheitslage angeht, so hat die Zweiteilung des Landes in einen relativ sicheren Norden und Westen sowie Risikogebieten im Süden und Osten unverändert Bestand. Allerdings sind inzwischen in fast allen Provinzen Afghanistans militante Zellen und Gruppen aktiv – wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Zahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle auch im Jahr 2007 weiter zugenommen hat. Zwar sind die registrierten Zwischenfälle auch auf Reaktionen auf Operationen der eigenen Kräfte zurückzuführen, aber auch in Regionen, in denen die internationale Staatengemeinschaft keine oder nur geringe militärische Präsenz zeigt, stieg die Zahl der Zwischenfälle signifikant an.

Lassen Sie uns zunächst einen Blick auf die Lage im Süden des Landes werfen:

Der Widerstand im Süden hat sich mittlerweile so formiert, dass im Rahmen seiner Bekämpfung das gesamte Intensitätsspektrum militärischer Operationen notwendig ist. Im Gegensatz zu früheren Jahren gelingt es den Kern-Taleban, in den Südprovinzen zunehmend Kämpfer mit regionaler Verwurzelung zu rekrutieren.

Der Zustrom militanter Kämpfer ist derzeit groß genug, dass selbst hohe Verluste bislang zu keinem nachhaltigen Rückgang der Angriffe und Anschläge geführt haben. Aufgrund der zahlenmäßig begrenzten militärischen Kräfte der internationalen Staatengemeinschaft gelingt es oft nicht, befriedete Räume nachhaltig zu kontrollieren. Auch die sich im Aufbau befindlichen afghanischen Sicherheitsorgane sind derzeit noch nicht in der Lage, diese Aufgabe eigenverantwortlich wahrzunehmen. Somit gelingt es den Militanten immer wieder, in diese Räume zu re-infiltrieren.

*Meine Damen und Herren,*

wenden wir uns nun der Sicherheitslage in der Nordregion zu.

Die Lage im unter deutscher Führung stehenden Regional Command North ist nach wie vor vergleichsweise ruhig. Allerdings verzeichnen wir im laufenden Jahr einen kontinuierlichen Anstieg der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle.

Zahlreiche Anschläge mit Schwerpunkt im Raum Kunduz, Baghlan und Badakhshan deuten auf eine Verfestigung militanter Gruppen im Nordosten hin. Für den Nordwest-Bereich gibt es mittlerweile Anzeichen für zunehmende Aktivitäten lokaler militanter Gruppen, die auch über Verbindungen zu Taleban-Kreisen im Süden Afghanistans verfügen.

Sechs durchgeführte und zwei verhinderte Selbstmordattentate in den Nordostprovinzen, bei denen auch deutsche Staatsangehörige zu Tode kamen, belegen, dass inzwischen auch diese Anschlagart bei den militanten Zellen im Norden etabliert hat.

Auch landesweit hat die Zahl der Selbstmordanschläge im laufenden Jahr signifikant zugenommen. Schwerpunkt bleiben die Provinzen Kandahar, Khowst und Kabul.

Kabul als Landeshauptstadt ist und bleibt ein Anschlagsschwerpunkt in Afghanistan mit entsprechendem Symbolcharakter. Militante Elemente nutzen dabei die starke Präsenz Anschläge finden angesichts einer starken internationalen Medienpräsenz schnell weltweite Beachtung. Hauptanschlagsziele in Kabul sind nach wie vor afghanische und internationale Sicherheitskräfte. Allerdings kamen bei Anschlägen 2007 in Zuge der Anschläge auch 40 Zivilisten ums Leben; mindestens 110 weitere wurden verletzt.

Als eine weitere Bedrohung haben sich die aus Sicht der militanten Opposition sehr erfolgreich verlaufenen Entführungen internationaler Staatsbürger entwickelt. Führer militanter Gruppen kündigten bereits weitere Entführungen, insbesondere westlicher Staatsangehöriger an.

Negativfaktor für die Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan ist auch die weiterhin grassierende Drogenwirtschaft. Die bisherigen Anti-Drogen-Operationen waren trotz umfangreicher Bemühungen ein Fehlschlag.

Im Jahr 2007 ist es erneut zu einem Ausbau der Drogenwirtschaft gekommen. Die für den Schlafmohnanbau genutzte Fläche ist um nahezu 17% auf rund 193.000ha angewachsen, die Rohopiumproduktion steigt um ca. 34% auf etwa 8.200 t– das entspricht einem Anteil am Weltmarkt von 93%.

Damit wurden neue Höchststände erreicht – ein Sachverhalt, der in erster Linie auf den Mangel an echten Alternativen zum finanziell äußerst attraktiven Anbau zurückzuführen ist.

Regional konnten jedoch einzelne Erfolge gegen die grassierende Drogenwirtschaft erzielt werden. So ist die Anzahl der schlafmohnfreien Provinzen insbesondere im Norden und Osten Afghanistans von sechs auf 13 gestiegen.

Insgesamt besteht angesichts der landesweit zunehmenden gesetzlosen Zustände die Gefahr, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung aufgrund der weiterhin unzureichenden wirtschaftlichen Entwicklung das Vertrauen in die afghanische Zentralregierung verliert. Wenn es nicht gelingt, die Verankerung der Zentralregierung in den Provinzen zu stärken und der militanten Opposition den Nährboden zu entziehen, dann sind die bislang erzielten politischen Erfolge gefährdet.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

lassen Sie mich eine Bilanz ziehen aus dem bisher Gesagten: Was sind die Perspektiven internationaler Sicherheit? Auf welches sicherheitspolitische Umfeld werden Sie auf absehbare Zeit einstellen müssen bei Ihren weltweiten Wirtschaftsaktivitäten?

Die sicherheitspolitische Großwetterlage ist gekennzeichnet durch komplexe und hochdynamische Risiko- und Bedrohungsphänomene. Die wichtigsten habe ich genannt: Internationaler Terrorismus, Proliferation und regionale Konflikte mit transregionalen Implikationen. In Zeiten der Globalisierung bestehen Sicherheitsrisiken aus einem Teufelskreis vielfältiger, sich gegenseitig verstärkender Destabilisierungsprozesse. Auch wenn sie scheinbar weit entfernt passieren, bringt die globale Vernetzung regionale Fehlentwicklungen quasi direkt vor unsere Haustür. Insbesondere der sogenannte Krisenbogen Nah-/Mittelost bleibt auf absehbare Zeit sicherheitspolitisches Dauerthema. Hier bündeln, überlappen und fokussieren sich sämtliche modernen Risiko- und Konflikttypen.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss diese langfristig wirkenden Rahmenbedingungen berücksichtigen und auf sie reagieren. Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen und Waren, aber auch vom Export abhängt, muss ein elementares Interesse haben an internationaler Stabilität und ungehindertem Warenaustausch. Wie viele andere Länder sind wir in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge und daraus resultierende Störungen der Rohstoff- und Warenströme bleiben daher nicht ohne Auswirkungen auf die nationale Volkswirtschaft und unseren Wohlstand.

Ziel der Politik muss also sein, Risiken vorzubeugen, auf Krisen und Konflikte möglichst frühzeitig zu reagieren und ihnen durch zeitnahe Erarbeitung von Eindämmungs- und Lösungskonzepten adäquat zu begegnen.

Die Entwicklung geeigneter Instrumente und Strategien wird dabei umso besser gelingen, je mehr wir in der Lage sind, die realen Sicherheitsrisiken und deren Ursachen frühzeitig zu erkennen.

Der Bundesnachrichtendienst leistet hierzu einen wichtigen Beitrag: Unser Auftrag ist es, die Bundesregierung mit lagerelevanten Informationen aus den Bereichen Politik, Militär und – ganz wichtig! – auch Wirtschaft zu versorgen. Damit leisten wir Hilfestellung für die notwendigen politischen Entscheidungen. Unser integrierter Ansatz für die Erstellung ganzheitlicher Lagebilder hat sich dabei bewährt – er ist quasi ein Markenzeichen des BND.

Verantwortliche Außen- und Sicherheitspolitik ist auf nachrichtendienstliche Informationen angewiesen. Es ist illusorisch zu glauben, dass kluge Politik ohne eigene und unabhängig gewonnene Informationen Entscheidungen treffen kann. Wer eine unabhängige Außen- und Sicherheitspolitik gestalten will, muss in der Lage sein, eigenständig eine Feststellung und Bewertung der Lage vorzunehmen. Hier ist der BND gefordert.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

Globalisierung ist – bei allen Risiken und Gefahren – für unser Land insbesondere auch eine Chance. Wir müssen bereit sein, sie zu nutzen. Das bedeutet: Wir alle – Wirtschaft, Politik und deren Dienstleister – müssen noch internationaler denken, uns mit Fragen, Problemen und Regionen auseinandersetzen, die uns vorher kaum berührt haben.

Für den Bundesnachrichtendienst ist Globalisierung mit all ihren Konsequenzen in erster Linie eine Herausforderung. In Zeiten knapper Ressourcen gilt es, ohne zusätzliche Mittel einen deutlich breiteren Auftrag zu erfüllen.

Ich denke, mit unserem integrierten Lagebild, in das stets auch ein gehöriges Maß volkswirtschaftlicher Expertise einfließt, ist der BND gut aufgestellt, um die Bundesregierung auch über wirtschaftliche Belange gut zu informieren.

Mit den von uns beschafften und ausgewerteten Informationen leisten wir Hilfestellung für die politische Entscheidungsfindung – wir unterstützen damit indirekt auch das sichere Agieren unserer Wirtschaft weltweit.

Ganz konkret fließen unsere aktuellen Erkenntnisse zur Sicherheitslage beispielsweise in die entsprechenden Reisehinweise des Auswärtigen Amts ein.

Sie können jederzeit von jedermann im Internet abgerufen werden und damit helfen, die Entscheidung für ein Engagement in einem bestimmten Land zu erleichtern.

Daneben informieren wir – wie Sie wissen – regelmäßig die Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft mit Lagebeiträgen. Informationsveranstaltungen zu den weltweiten Krisenherden ergänzen unser Angebot, das wir aber auch als Dialog verstanden wissen wollen: Der BND braucht die deutsche Exportwirtschaft mit ihren vielfältigen Kontakten ins Ausland. Ihre Informationen können für unsere Lagebeurteilung von großer Bedeutung sein.

Die mittlerweile zahlreichen Kontakte zwischen BND und Wirtschaft bzw. Wirtschaftsverbänden geben reichlich Gelegenheit zum Dialog.

Ich denke, wir sollten sie nutzen!

*Vielen Dank!*